

Eigenerklärung gemäß § 31, 33, 35 UVgO

Bitte fügen Sie die nachfolgende Eigenerklärung unterschrieben Ihrem Angebot bei.

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- mein/unser Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden.
- mein/unser Unternehmen im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.
- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und ermächtigen den Auftraggeber, Auskünfte über die Meldedateien personenunabhängig einzuholen bzw. lege/n diese auf Verlangen des Auftraggebers vor.
- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen bin/sind und auch weiterhin nachkomme/n.
- ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht zu einer Geldbuße gemäß § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. § 16 Mindestarbeitsbedingengesetz von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind und mir/uns kein aktueller Verstoß gegen die o. a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde/n Person/en betrifft/betreffen oder bekannt ist.
- zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über mein/unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- ich/wir die staatlichen Sicherheitsvorschriften (insbesondere Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz einschließlich der dazugehörigen Rechtsverordnungen, insbesondere ArbeitsstättenV) und die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften einhalte/n.
- ich/wir uns im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren nicht an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen und eine solche Beteiligung zum Ausschluss führen kann. Ich/wir sind uns darüber bewusst, dass zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben sind, ob und auf welche Art ich/wir wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden bin/sind.
- ich/wir dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), geändert durch Artikel 2 Abs. 10 des Gesetzes vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Entgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und bei Ausführung des Dienstleistungsauftrags im Inland ein Mindestentgelt nach den nach § 1 Abs. 3 MiLoG vorgehenden Regelungen – insbesondere des AentG – zahlen (§ 4 Abs. 1 NTVergG) oder mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben der Regelungen, die sich aus einem auf Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten

Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AentG ergeben, gezahlt wird.

- keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindestanforderungen gewonnen oder hergestellt worden sind.
- ich/wir die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch i. S .d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einhalte/n.
- dass ich/das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Datum, Ort, Unterschrift Auftragnehmer